

In Liechtenstein gibt es angeblich keine Armut

Das Existenzminimum und der Umfang der Sozialhilfe sind im reichen Fürstentum umstritten

GÜNTHER MEIER, VADUZ

Die Absicherung der materiellen Bedürfnisse für jede Familie, einschliesslich der Einzelhaushalte, sei ein «Gebot der Menschenwürde», heisst es im Armutsbericht des Fürstentums Liechtenstein. Es wäre ethisch unverantwortbar, wenn «in unserem reichen Land Menschen unter dem Existenzminimum leben müssten». Der Bericht ist schon älteren Datums, die Einschätzung über soziale Benachteiligung und schwache Einkommen in der Bevölkerung stammt aus dem Jahr 2008. Seither ist umstritten, ob die Lagebeurteilung des Berichts die tatsächliche Situation trifft. Sind «die Hilfen des Sozialstaates ausreichend», wie es im Armutsbericht heisst? Und gewährleisten wirtschaftliche Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen tatsächlich in jedem Fall finanzielle Absicherung?

Bereits 2008 kamen private Sozial- und Hilfsorganisationen aufgrund der Nachfrage nach Unterstützungsleistungen zu einer anderen Schlussfolgerung. Seither hat sich nicht viel verändert. Eine Aktualisierung des Armutsberichts fehlt allerdings, offiziell liegen nur Zahlen über die staatliche Sozial- und Wirtschaftshilfe vor. Auch für die sogenannte «Agenda 2030» hat die Regierung die Sichtweise des Armutsberichts nun übernommen: Nur wenige Haushalte erreichten das nationale Existenzminimum

nicht aus eigener Kraft und seien auf Sozialhilfe angewiesen, steht dort. Weiter heisst es, extreme Formen von Armut existierten in Liechtenstein nicht. Aufgrund der gut ausgebauten Sozialschutzsysteme müsse kein Mensch in Armut leben. Mit der staatlichen Sozialhilfe werde das Existenzminimum gesichert. Die Finanzhilfe werde auf der Basis der individuellen Situation der betroffenen Personen oder Familien festgelegt und stehe in einem angemessenen Verhältnis zum allgemeinen Lebensstandard.

Es geht nicht nur ums Geld

Doch zwischen extremer Armut und der Notwendigkeit, jeden Franken zweimal umzudrehen, gibt es offensichtlich einen Graubereich, und den sprechen die Sozial- und Hilfsorganisationen jetzt an. Die Regierung verkenne die tatsächlichen Probleme, kritisieren sie. Bei Armut gehe es nicht nur um finanzielle Probleme. Oft stünden komplexe Probleme wie Sucht, Gewalt, Krankheiten oder Schulden in Zusammenhang mit der Einkommensschwäche.

Armut wird von der offiziellen Sozialhilfe und den privaten Organisationen also unterschiedlich wahrgenommen. Während die Regierung darauf verweist, dass die Sozialhilfequote lediglich 2,2 Prozent beträgt, also etwas weniger als in der Schweiz, stellen die Hilfsorga-

nisationen eine zunehmende Zahl von Familien fest, die auf finanzielle Unterstützung hoffen.

Interessant ist, dass das Amt für Soziale Dienste im Corona-Jahr 2021 einen Rückgang der Nachfrage nach Sozialhilfe feststellte. Dennoch sind 1066 von rund 40 000 Liechtensteinern auf Unterstützung angewiesen.

Doch die Statistik der staatlichen Sozialhilfe deckt nicht das ganze Feld der Hilfsbedürftigen ab. Die Caritas Liechtenstein erwähnt im Jahresbericht 2022, dass die Zahl der Anträge für finanzielle Unterstützung gegenüber dem Vorjahr um über 20 Prozent zugenommen habe. Ein Teil der Antragstellerinnen und Antragsteller erachte die staatliche Sozialhilfe als nicht ausreichend. Armut, insbesondere Altersarmut, sei oftmals weiblich. Laut der Caritas sind oft auch jüngere Frauen von existenzieller Not betroffen, meist alleinerziehende oder geschiedene. Die Altersarmut wiederum hänge meist mit fehlenden oder ungenügenden Pensionskassenbeiträgen für die Altersvorsorge zusammen. Demgegenüber heisst es von offizieller Seite, für Rentnerinnen mit ungenügendem Einkommen aus der AHV oder IV stünden Ergänzungsleistungen zur Verfügung, die auch zur Finanzierung eines Pflegeheim gewährt würden.

Sowohl das Amt für Soziale Dienste als auch die verschiedenen Hilfsorga-

nisationen kennen die Probleme der Antragstellerinnen und Antragsteller, aber es fehlt eine Gesamtübersicht. Die Regierung erklärte vor zwei Jahren, man wolle auf der Basis der Steuerdaten des Jahres 2020 einen statistischen Armutsbericht erstellen. Ob der angekündigte Bericht die Forderungen nach umfassender Beurteilung der Armutssituation erfüllt, wird sich weisen. Laut der Regierung ist aber mehr als nur eine Dokumentation der Einkommen geplant. Das Amt für Statistik soll prüfen, ob eine zusätzliche Erhebung zu den Lebensbedingungen der betroffenen Personen realisiert werden könne.

Was heisst arm?

Notwendig wäre in diesem Zusammenhang, mehr Klarheit über die verschiedenen Armutsbegriffe zu schaffen. Beim Armutsbericht 2008 lag der Schwerpunkt nach eigenen Angaben auf der Erfassung der «einkommensschwachen Haushalte». In diese Kategorie fiel schon damals jeder zehnte Haushalt. Würden Sozialleistungen des Staates wie Kindergeld, Mietbeihilfen, Alleinerziehendenzulagen oder Prämienverbilligungen bei Krankenkassen wegfallen, rechnete der Bericht vor, müssten im reichen Liechtenstein rund 20 Prozent der Haushalte als einkommensschwach eingestuft werden.